

PETER ULRICH

Vom unbändigen Kapitalismus zur zivilisierten Marktwirtschaft – ein wirtschaftsethischer Orientierungsversuch

Zusammenfassung

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise lässt sich als symptomatisches Extremereignis verstehen, mit dem eine tief verwurzelte normative Orientierungskrise aufbricht. Sie beruht im Kern auf der ideologisch und institutionell allzu weit getriebenen Verselbständigung und Verabsolutierung des „Denkens in Geld- und Einkommensströmen“¹ gegenüber lebenspraktischen Orientierungsgesichtspunkten. In Frage gestellt ist nicht das marktwirtschaftliche Grundsystem, sondern ein entfesselter und rücksichtsloser Finanzkapitalismus. Falls diese Deutung zutrifft, ist eine nachhaltige Lösung der Krise nicht allein mit herkömmlichen wirtschaftspolitischen Rezepten möglich, sondern nur im Verbund mit neuen gesellschaftspolitischen Ansätzen unter einem zukunftsfähigen zivilisatorischen Fortschrittshorizont, der noch der nachholenden Aufklärung bedarf. Was epochal ansteht und derzeit fehlt, ist aus dieser Perspektive weniger mangelndes finanztechnisches Knowhow zur Steuerung des marktwirtschaftlichen Systems als vielmehr eine umfassende und klare politisch-ökonomische Neuorientierung. Als mögliche Orientierungsidee könnte das Leitbild einer voll entfalteten Bürgergesellschaft und einer in sie eingebetteten, im buchstäblichen Sinn zivilisierten Marktwirtschaft dienen. Skizzenhaft erprobt wird dieser Leitgedanke am aktuellen ordnungspolitischen Brennpunkt einer neuen Finanzmarktverfassung.

1 SYMPTOMATIK: KRISE, ABER WELCHE GENAU?

Es herrscht eine Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise – in dieser Verursachungs- und Wirkungskette. Soweit besteht weitgehende Einigkeit. Die konkreten Diagnosen und Therapievorschlüsse sind jedoch so unterschiedlich wie die politisch-ökonomischen Doktrinen. Zu den grundlegenden Krisenmerkmalen gehört nämlich gerade die symptomatische Unklarheit, was denn da als Problem und was als Lösung zu gelten hat. Wie dieses Verhältnis wahrgenommen wird, hängt stets von normativen Prämissen ab. So galt bekanntlich den politisch tonangebenden Kreisen seit längerem „mehr Markt und mehr Wettbewerb“ (Deregulierung, Globalisierung, Privatisierung) nahezu fraglos als die prinzipielle Lösung fast aller wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Probleme, niemals aber als deren Kern. Diese *normative Ordnung der Dinge* prägte im Wesentlichen die ideologische und realpolitische Debatte.

¹ Wilhelm Röpke, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, Erlenbach-Zürich/Stuttgart 1958, 140.

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise sind solche ideologisch vorbestimmten vermeintlichen Selbstverständlichkeiten der politischen Ökonomie so stark erschüttert worden wie kaum zuvor in der Nachkriegszeit. Trefflich brachte das *Ralf Dahrendorf* nur wenige Wochen vor seinem Tod in einem vielbeachteten Essay auf den Punkt:

„Es‘ begann als Finanzkrise, wuchs sich dann zur Wirtschaftskrise aus und wird mittlerweile von vielen als tiefergehende soziale, vielleicht auch politische Wende-
marke gesehen. [...] Die hier verfochtene These ist, dass wir einen tiefgreifenden
Mentalitätswandel erlebt haben und dass jetzt, in Reaktion auf die Krise, wohl ein
neuerlicher Wandel bevorsteht.“²

Den Kern des Geschehens sah er weniger in den jetzt viel beschworenen systemischen Ursachen als vielmehr eben in „Mentalitäten“, in „vorherrschenden Einstellungen zu Wirtschaft und Gesellschaft.“ Dem ist m. E. zuzustimmen. Es geht dabei nicht darum, die Rolle systemischer Faktoren zu relativieren, sondern sie in ihren kulturellen und gesellschaftlichen Kontext zu stellen und aus diesem heraus zu verstehen. Drei ineinander verzahnte Problemebenen sind zu unterscheiden: Mentalität, Systemsteuerung und Gesellschaftspolitik. Für die Fragen der systemischen Finanzmarktsteuerung – etwa eine stärkere Eigenkapitalunterlegung von Finanzgeschäften, höhere Transparenzanforderungen, eine griffigere Finanzmarktaufsicht und Genehmigungspflicht für Finanzprodukte, bessere Corporate Governance und Rechnungslegungsvorschriften, unabhängige Ratingagenturen, usw. – mögen Wirtschafts- und Sozialethiker nicht besonders kompetent sein; für die Kontextfragen hingegen schon. Auf ihnen soll nachfolgend der Fokus liegen.

Beginnen wir beim Stichwort „Mentalitäten“. Jetzt beklagen ja plötzlich fast alle die Symptome einer moralisch enthemmten Wirtschaftsdoktrin:

- die *Gier von Investoren* nach maximaler Rendite, die wie eine Sucht, quasi als *Denkzwang*, funktionierte und zum Treiber einer Unternehmens- und Wirtschaftspolitik des „Sachzwangs“, des „Wir-haben-keine Wahl“, wurde;
- die *Shareholder-Value-Doktrin*, auf deren Linie zweifelhafte *Corporate Governance*-Standards guter Unternehmensführung etabliert wurden, die sich in der aktuellen Krise als wesentliche Ursache von *schlechtem* Geschäftsgebaren großer Aktiengesellschaften entpuppten;³

² *Ralf Dahrendorf*, Nach der Krise: Zurück zur protestantischen Ethik?, in: Merkur 720 (2009), 373–381, 373.

³ Vgl. *Ulrich Thielemann/Peter Ulrich*, Standards guter Unternehmensführung. Zwölf internationale Initiativen und ihr normativer Orientierungsgehalt. St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik Bd. 43, Bern u. a. 2009.

- *Geschäftsmodelle* der Finanzwirtschaft, die man fast nur noch ironisch mit der „*Greater Fool Theory*“ des Marktes beschreiben kann: Risiken verschleiern, verbrieften und verstreuen – wer kauft, ist selber schuld;
- Desintegrationserscheinungen im *Selbstverständnis* von „*Verantwortungsträgern*“ der Wirtschaft, die zwar bei weitem nicht immer, aber eben doch immer öfter den Sinn für den kleinen Unterschied zwischen „anständig *Geld verdienen*“ und „*Geld anständig verdienen*“ verloren haben.

Wie aber ist es zu verstehen, dass das Geschäftsgebaren von so auffallend vielen Akteuren *außer Rand und Band* geriet? Nun, achten wir doch einfach auf die Weisheit der Umgangssprache: Es fehlt offenbar der „Rand“, also der Sinn für gesunde *Grenzen* eines eindimensional gewordenen Vorteils- und Gewinnmaximierungsdenkens. Und es fehlt das „Band“, also die Einbindung der ökonomischen „Sachlogik“ in zwischenmenschliche *Verbindlichkeiten* (des Anstands, der Verantwortung, der Solidarität und der Gerechtigkeit).

2 HERAUSFORDERUNG: „THEMENWECHSEL DES FORTSCHRITTS“?

Mir liegt eine Individualisierung des Problems von „Rand“ und „Band“, wie sie den Ethikern gern unterstellt wird, jedoch fern. Viele Leute assoziieren mit Ethik nur *Individualethik* und kaum je *Institutionenethik*. Aus wirtschaftsethischer Sicht ist das keine sinnvolle Alternative, vielmehr geht es stets um die Wechselwirkung zwischen individuellen Haltungen (also persönlichem Ethos) und institutionellen Rahmenbedingungen (also Anreizen und Restriktionen). Ethisch orientiertes, verantwortungsvolles Handeln muss zwar individuell aufgrund eines entsprechenden Bewusstseins *gewollt* sein, aber es muss auch innerhalb der institutionalisierten Selbstbehauptungszwänge für den Einzelnen *zumutbar* sein.⁴

Deshalb hatten die Ordoliberalen, die sich ursprünglich „Neoliberale“ nannten, mit gutem Grund die Rolle des *Marktrandes* hervorgehoben. So betonte *Alexander Rüstow*,

„[...] dass der *Marktrand*, der Marktrahmen, das eigentliche Gebiet des Menschlichen ist, hundertmal wichtiger als der Markt selbst. Der Markt selber hat lediglich eine dienende Funktion. (...) Der Markt ist ein Mittel zum Zweck, ist kein Selbst-

⁴ Vgl. dazu *Peter Ulrich*, *Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie*, 4. vollst. neu bearb. Aufl., Bern u. a. 2008, 167–170.

zweck, während der Rand eine Menge Dinge umfasst, die Selbstzweck sind, die menschliche Eigenwerte sind.“⁵ (Hervorheb. P.U.)

Dieser „Marktrand“ stellt die „Nahtstelle“ zwischen marktwirtschaftlichem *System* und gesellschaftlicher *Lebenswelt* dar. Und genau da – im Spannungsfeld zwischen einer tendenziell eigensinnig gewordenen ökonomischen Systemrationalität und der ethisch-praktischen Vernunft – liegen heute zunehmend die realen Herausforderungen der Zeit. Diese sind also, kurz gesagt, zweidimensional. Daher greift es zu kurz, wenn allein von einer *systemischen Krise* gesprochen wird. Entscheidende Fragen betreffen heute nicht nur die interne „Sachlogik“ und Funktionsweise des marktwirtschaftlichen Systems, sondern kulturelle und gesellschaftliche Voraussetzungen und mit ihnen normative Orientierungshorizonte des Wirtschaftens. Man denke etwa an das nicht grundlos abhanden gekommene Vertrauen in die Wirtschaftsführer und sogar zwischen ihnen (insbesondere in der Finanzbranche). Man denke an das im internationalen Standortwettbewerb enorm gewachsene Machtgefälle zwischen renditesuchendem Kapital und abhängiger Arbeit, die – von kapitalverwertungsnahen Ausnahmen (Topmanager, Banker, Wirtschaftsanwälte und -berater) abgesehen – tendenziell „billig wie Dreck“⁶ wird. Oder man denke an die sich demzufolge stetig öffnende soziale Schere und die sich aufdrängende Frage, *für wen und wofür* das System effizient funktionieren soll. „Rein“ ökonomisch lassen sich derartige Fragen nicht beantworten, denn Wirtschaften ist ja nicht Selbstzweck, sondern Mittel für das gute Leben und Zusammenleben der Menschen. *Vernünftiges Wirtschaften* schließt entsprechende Sinn- und Gerechtigkeitszusammenhänge ein, nicht etwa aus. Die ökonomische Rationalität, wie sie üblicherweise verstanden wird, ist also noch nicht die *ganze* ökonomische Vernunft. Das ist der systematische Grund, weshalb heute *Wirtschaftsethik* zunehmend gefragt ist.

Mit der Beantwortung der Fragen, die nur in wirtschafts- und sozial-ethischen Kategorien sachgerecht analysiert und vernünftig beantwortet werden können, stellen sich auch die Weichen dafür, wie jemand das Verhältnis von Bürger, Markt und Staat und in diesem Kontext den Bedarf nach Systemregulierung sieht. So zum Beispiel im Hinblick auf ein besseres „Management von Spekulationsblasen“ an den Finanzmärkten; es

⁵ Alexander Rüstow, Paläoliberalismus, Kommunismus und Neoliberalismus, in: *Franz Greiß/Fritz Walter Meyer* (Hgg.), *Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur*. Festschrift für Alfred Müller-Armack, Berlin 1961, 61–70, 68.

⁶ *Horst Afheldt*, *Wohlstand für niemand? Die Marktwirtschaft entlässt ihre Kinder*, München 1994, 58.

genügt dafür kein technokratisches *Systems Engineering*, denn die Hauptprobleme betreffen die *normativen* Prämissen und Kriterien einer „gut“ oder „besser“ funktionierenden Wirtschaft. Deshalb ist das ja politisch so umstritten.

Meine *erste Kernthese* geht also dahin, dass wir derzeit nicht nur eine Krise des Wirtschaftssystems in Wechselwirkung mit einer überbordenden Mentalität privater Nutzen- und Gewinnmaximierung erleben, sondern eine umfassendere *Orientierungskrise*, in deren Zentrum das unklar gewordene Verhältnis zwischen der Marktwirtschaft und der Gesellschaft, in der wir leben möchten, steht. Nicht nur mehr die Mittel und Methoden, sondern auch der *Fortschrittschizont* unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung hat in der aktuellen Krise seine Fraglosigkeit oder vielleicht sogar seine ideologische Unschuld verloren.

Noch einmal sei an dieser Stelle Ralf Dahrendorf zitiert. Vor bald dreißig Jahren schrieb er in seinem Buch *Die neue Freiheit*:

„Die Geschichte schreitet voran, indem sie das Thema wechselt... Eines Tages wachen Menschen auf und bemerken, dass, was gestern wichtig war, was sie beschäftigte und zerstritt, nicht mehr dieselbe Bedeutung hat. Wir reiben uns die Augen und entdecken, dass wir das Problem, das uns in der letzten Nacht wachhielt, nicht dadurch lösen, dass wir noch mehr oder besseres dazu tun, sondern dadurch, dass wir uns einem anderen Problem zuwenden...“⁷

In solchen Zeiten des geschichtlichen „Themenwechsels“, in denen bisher fraglos akzeptierte Fortschrittsorientierungen tiefgreifend erschüttert sind, kommt es auf eine *Grundlagenreflexion* an, d. h. auf ein unvoreingenommenes Nachdenken über die normativen und axiomatischen *Voraussetzungen* und die *Geltungsgrenzen* der gewohnten Denkmuster. Das fällt in der Wissenschaft oft fast noch schwerer als im richtigen Leben: Wie der Wissenschaftstheoretiker Thomas S. Kuhn gezeigt hat, pflegt eine in Frage gestellte „Normalwissenschaft“ ihr „Paradigma“, also ihre zentralen Denkmuster, in selbstreferenzieller Weise zu verteidigen.⁸ Das dem Themenwechsel des Fortschritts nicht mehr gewachsene Paradigma wird zuerst meistens nur von akademischen Außenseitern in Frage gestellt. Außenseiter – zum Beispiel Wirtschaftsethiker gegenüber Standardökonomern – sind Leute, die die Dinge *verkehrt* sehen, indem sie das, was bisher als prinzipielle *Lösung* fast aller Probleme betrachtet wurde, als einen Teil des *Problems* identifizieren. Ganz abwegig braucht das nicht in jedem Fall zu sein, denn seit Einsteins berühmtem Diktum wissen wir ja,

⁷ Ralf Dahrendorf, *Die neue Freiheit*, Frankfurt a. M. 1980, 26.

⁸ Vgl. Thomas S. Kuhn, *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, Frankfurt a. M. 1973 (engl. 1962).

dass man ein Problem nicht mit denselben Denkmustern lösen kann, die es verursacht haben. Fragen wir also: Was ist eigentlich der Problemerkern des vermuteten „Themenwechsels des Fortschritts“?

3 KONTEXT: DIE „GROSSE TRANSFORMATION“ (IN PRAXIS UND THEORIE)

Vergegenwärtigen wir uns ganz kurz den real- und ideengeschichtlichen Kontext des Streits um das richtige Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft. Unter dem Leitbegriff der *Great Transformation* hat der Wirtschaftshistoriker *Karl Polanyi* schon 1944 eine modernisierungsgeschichtliche Perspektive entworfen, in deren Zentrum die Dynamik der fortschreitenden Herauslösung des Wirtschaftssystems aus der Gesellschaft steht. Am denkbaren Endpunkt stünde nach Polanyi „[...] die Behandlung der Gesellschaft als Anhängsel des Marktes. Die Wirtschaft ist nicht mehr in die sozialen Beziehungen eingebettet, sondern die sozialen Beziehungen sind in das Wirtschaftssystem eingebettet.“⁹

Dann läge die schon angesprochene Konfusion von Mittel und Zweck auch institutionell vor, und die entsprechende Eigendynamik nähme sachzwanghaft wie bei Goethes Zauberlehrling ihren Lauf. Mit der entfesselten Globalisierung der Märkte waren wir während der letzten zwanzig Jahre gerade Zeitzeugen eines epochalen Schubs der realpolitischen Durchsetzung dieser Transformation. Wer nach den normativen Voraussetzungen einer lebensdienlichen Globalisierungspolitik zu fragen wagte, wurde fast umstandslos als „Globalisierungsgegner“ gebrandmarkt. Den Gläubigen des Credo „mehr Markt ist immer gut!“ erschien eine mehr oder weniger voraussetzungs- und grenzenlos gedachte Globalisierung nicht etwa als Problem, sondern als die Lösung fast aller Probleme. (Einstein lässt grüßen.)

Die noch präsenste Erfahrung, wie sehr die Globalisierungsdebatte der letzten zwanzig Jahre mit teils hochemotional vertretenen weltanschaulichen Positionen verknüpft war und ist, verweist nun aber auf einen wichtigen Punkt: Polanyis These vom sich fortschreitend verselbständigenden und dominant werdenden ökonomischen System ist bei vordergründiger Betrachtung zwar plausibel, aber aus Sicht einer integrativen Wirtschaftsethik ist hier zunächst auf ein grundlegendes Missverständnis hin-

⁹ *Karl Polanyi*, *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt a. M. 1978, 88f. (engl. 1944).

zuweisen – und dies ist Inhalt meiner *zweiten Kernthese*: *Es gibt kein von ethischen und politischen Voraussetzungen „freies“ marktwirtschaftliches System!*

Jede Ausgestaltung der Marktwirtschaft ist unausweichlich in ein wirtschaftsethisches und politisch-philosophisches „Gedankenbett“ eingebettet, also implizit oder explizit an bestimmte normative Leitideen vom guten *gesellschaftlichen* Zusammenleben der Individuen gebunden. Noch die radikalste Konzeption einer deregulierten und entpolitisierten Marktwirtschaft beruht – weit weg von *Laissez-faire*-Ideen eines sich selbst organisierenden Marktes – auf einem bestimmten Wirtschaftsethos und muss rechtsstaatlich institutionalisiert, also politisch durchgesetzt werden. In diesem Sinne gilt rein logisch für jede ordnungspolitische Konzeption der Primat von Ethik und Politik vor dem Markt.

Damit aber verschiebt sich unser Problemkern – von der empirischen Oberfläche zu den normativen Hintergrundüberzeugungen. Das ethisch-politische „Gedankenbett“, in dem eine theoretisch und praktisch selbstständige, „freie“ Marktwirtschaft überhaupt denkbar wurde, gilt es erst einmal hermeneutisch-kritisch auszuleuchten und einer *nachholenden ethisch-politischen Modernisierung* auf dem Niveau heutiger praktischer Philosophie zugänglich zu machen. Das ist notabene nicht etwa ein Ansinnen, das sich *gegen* ein effizientes marktwirtschaftliches System richtet, sondern eines der ethisch-vernünftigen Fortschrittsorientierung *für* dieses System.

Die Klassiker der Politischen Ökonomie waren sich im Unterschied zu den neoklassisch „reinen“ Ökonomen dieser Ordnung der Dinge noch voll bewusst, namentlich Adam Smith und John Stuart Mill, die nicht zufällig beide auch brillante Moralphilosophen waren.¹⁰ Sie gingen noch von der *aristotelischen Trias* von Ethik, Politik und Ökonomik aus, in dieser Begründungsreihenfolge. Diese zwischenzeitlich verlorene Ordnung der Dinge gewinnt heute aufgrund des Problemdrucks der Praxis neue Aktualität. Das scheint beispielsweise auch der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zu dämmern, fragte sie doch unter dem Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise ungewohnt kritisch: „Wo bleibt die fundierte Kritik an

¹⁰ Vgl. dazu *Peter Ulrich*, John Stuart Mills emanzipatorischer Liberalismus. Die allgemeine Bürgerfreiheit und ihre sozialökonomischen Implikationen, in: *Ders./Michael S. Aßländer* (Hgg.), John Stuart Mill – Der vergessene politische Ökonom und Philosoph. St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik Bd. 37, Bern u. a. 2006, 253–282; sowie *Peter Ulrich*, Politische Ökonomie, wirtschaftsethisch rekonfiguriert, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik* 7 (2006), 164–182.

der Wissenschaft der *politischen* Ökonomie, deren Lehrbücher doch die Drehbücher der gegenwärtigen Krise sind?“¹¹

Gerade die meinungsbildende FAZ hat allerdings, ähnlich wie ein helvetisches Blatt mit ebenfalls drei Buchstaben im Kürzel, jahrzehntelang diese ihre neue Frage selbst fast hermetisch ausgegrenzt. Warum eigentlich? Der springende Punkt ist das erwähnte „Gedankenbett“. Dort, also in den Tiefenstrukturen der neoklassisch-ökonomischen Weltansicht, finden wir die weltanschaulichen „Treiber“, die der gewaltigen moralischen *Enthemmung* und institutionellen *Entgrenzung* des marktwirtschaftlichen Systems in Praxis und Theorie den motivationalen Schub gegeben haben. Leuchten wir also ein wenig in diese normative Tiefenstrukturen der vielleicht doch nicht ganz „reinen“ ökonomischen Sach- oder Systemlogik hinein.

4 TIEFENSTRUKTUREN: DIE METAPHYSIK DES MARKTES

Die frühen *Neoklassiker* ab den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts *spiegelten* gleichsam die real in Gang gekommene *Große Transformation* theoretisch – insofern war das zu der Zeit durchaus eine gute deskriptive Theorie. Die resultierende „reine Ökonomik“ modellierte die Tendenz zur Ver selbständigung des marktwirtschaftlichen Systems idealtypisch ins Reine. Sie wollte dementsprechend nicht mehr ein Teil der Moralphilosophie sein wie bei den Klassikern, ja noch nicht einmal mehr Politische Ökonomie. Seither kann der *economic approach* die ethischen und politischen *Voraussetzungen* seiner Axiomatik nicht mehr systematisch mitdenken; stattdessen kann die Lösung des politisch-ökonomischen Kernproblems, nämlich das eines legitimen und fairen gesellschaftlichen Interessenausgleichs, nur noch als unmittelbare *Folge* der „reinen“ marktwirtschaftlichen Systemlogik ausgegeben werden – womit die Leistungsfähigkeit dieses Systems aber schon im „theoretischen“ Ansatz überlastet wird.

Die theoretische Spitze dieses Bemühens stellte die mathematisch-objektiv daher kommende *Allgemeine Gleichgewichtstheorie* dar. Deren praktische Botschaft war das altliberale *Laissez-faire*-Credo des 19. Jahrhunderts. Die neoklassische Gleichgewichtstheorie stellt jedoch weniger eine „soziale Physik“ dar, wie Schumpeter¹² meinte, als eine in christlich-

¹¹ Christian Geyer, Rot stellt sich tot, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. April 2009 (Hvh. P.U.).

¹² Vgl. Joseph Schumpeter, Geschichte der ökonomischen Analyse, 2 Bde., Göttingen 1965, 1010.

schöpfungstheologischen Überzeugungen wurzelnde, mathematisierte *Metaphysik des Marktes*.¹³ In deren Idealwelt gibt es nur Gewinner, keine Verlierer (neudeutsch: „win-win“). Gemäß der darauf beruhenden *altliberalen* Wirtschaftsdoktrin gilt der „freie“ Markt als „natürliche“ Wirtschaftsordnung, die unmittelbar Anteil an der von Gott bestens eingerichteten Schöpfungsordnung hat. Daher darf darauf vertraut werden, dass hinter dem naturwüchsigen Kräftespiel des Wettbewerbs die „unsichtbare Hand“ Gottes – Adam Smiths berühmte *invisible hand*¹⁴ – in segensreicher Weise waltet. „Macht keine Geschichten, der Markt wird's schon richten“ – so lautet im Kern die marktmetaphysische Heilsgewissheit.

Nicht zufällig trug das im 19. Jahrhundert verbreitete französische Lehrbuch des Ökonomen (nicht etwa Theologen!) *Frédéric Bastiat* von 1855 den Titel *Harmonies économiques*. Und nicht grundlos finden sich darin Glaubensbekenntnisse wie etwa folgende Kernsätze:

„Ich möchte die Harmonie der göttlichen Gesetze aufzeigen, die die menschliche Gesellschaft beherrschen.“

„Ich glaube, dass Er, der die materielle Welt geordnet hat, auch die Ordnung der sozialen Welt nicht auslassen wollte. Ich glaube, dass Er die frei Agierenden ebenso zu kombinieren und in harmonische Bewegung zu setzen wusste wie die leblosen Moleküle. [...] Ich glaube, es ist für die allmähliche und friedliche Entwicklung der Menschheit ausreichend, wenn diese Tendenzen ungestörte Bewegungsfreiheit erlangen.“¹⁵

An die Schlüsse, die Bastiat daraus zog, glauben die letzten Mohikaner des Marktfundamentalismus noch heute – oder schon wieder:

„Unablässig und ohne Mitleid sollen wir uns deshalb dafür einsetzen, den ganzen Bereich privater Aktivitäten freizusetzen vom Vordringen der [staatlichen, P. U.] Macht; allein unter dieser Voraussetzung werden wir die Freiheit oder das freie Spiel der harmonischen Gesetze gewinnen, die Gott für die Entwicklung und den Fortschritt der Menschheit bereitgestellt hat.“¹⁶

„Ungestörte Bewegungsfreiheit“ für „den ganzen Bereich privater Aktivitäten“ ist also geboten, „ohne Mitleid“ für die Verlierer. Moralisch verdächtig sind in diesem Weltbild nicht etwa diejenigen, die rücksichts-

¹³ Vgl. *Peter Ulrich*, Transformation der ökonomischen Vernunft. Fortschrittsperspektiven der modernen Industriegesellschaft, 3. Aufl., Bern u. a. 1993, 202–205; *Ders.*, Integrative Wirtschaftsethik, 178–187.

¹⁴ Vgl. *Adam Smith*, Der Wohlstand der Nationen, hg. v. *H. C. Recktenwald*, München 1978, 371 (engl. Orig. 1776).

¹⁵ *Frédéric Bastiat*, *Harmonies économiques. Œuvres complètes*, tome VI, 3^{ème} ed., Paris Guillaumin 1855, 19 (beide Zitate).

¹⁶ *Frédéric Bastiat*, *Harmonies économiques*, 18.

los ihren eigenen Vorteil oder Gewinn maximieren, sondern vielmehr die wirtschaftlich Erfolgreichen.

Die normative Botschaft solcher „sozialer Physik“ als Fundament des Marktliberalismus ist nicht schwer zu verstehen. Zelebriert wird eine aus ethisch-politischen Bindungen restlos herausgelöste, konfliktfreie *Harmonie-Ökonomik*. Sie passte natürlich wunderbar zu den frühbürgerlichen Interessen und Legitimationsbedürfnissen. Wie *Max Weber* in seiner berühmten Studie „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ vor mehr als hundert Jahren gezeigt hat, steigt dieser Geist empor aus den „innerlichsten Formen christlicher Frömmigkeit“¹⁷, die im radikalen Protestantismus Zwinglis und Calvins – die Finanzmetropolen Zürich und Genf lassen grüßen – die ganze Lebensführung durchdringt. Deshalb hat man in den reformierten Gebieten konsequenterweise die Klöster geschlossen.

5 NACHHOLENDE AUFKLÄRUNG: KRITIK DER ÖKONOMISCHEN VERNUNFT

Von moderner *Wirtschaftswissenschaft* dürfte man demgegenüber erwarten, dass sie die alte Metaphysik des „freien“ Marktes vorbehaltlos vernunftgeleiteter Kritik zuführt. Universitäten sind ja der Idee nach keine „Glaubensgemeinschaften“¹⁸, sondern aufklärerische Stätten methodisch disziplinierten Denkens. Genau deshalb stellt sich heute die Aufgabe einer *wirtschaftsethischen Öffnung* der in Theorie und Praxis dominierenden ökonomischen Denkmuster.

Im Zentrum dieser Aufgabe steht eine gründliche Kritik der (nicht ganz) „reinen“ ökonomischen Rationalität (oder „Sachlogik“) hinsichtlich ihrer normativen Hintergrundannahmen. Dieser systematisch erste Schritt integrativer Orientierung im wirtschaftsethischen Denken kann hier natürlich nicht voll durchgeführt werden. Es sei nur kurz problematisiert, nach welchem „Prinzip“ die ökonomische Quadratur des Kreises, nämlich die *Reduktion* von Gesellschaft auf Marktwirtschaft, erfolgt. In der neoklassisch-ökonomischen Axiomatik wird alle soziale Interaktion als *wechselseitiger Vorteilstausch* zwischen *Homines oeconomici* gedacht, die je ihren privaten Nutzen zu maximieren trachten und sich als Personen

¹⁷ *Max Weber*, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: *Ders.*, Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, 9. Aufl., Tübingen 1988, 17–206, 26.

¹⁸ Vgl. *Hans Christoph Binswanger*, Die Glaubensgemeinschaft der Ökonomen, München 1998.

wechselseitig gleichgültig sind. Unterschreiben die Wirtschaftssubjekte freiwillig Tauschverträge, so gilt das als Beweis für eine *win-win*-Situation: Beide Seiten profitieren, und damit scheint das Koordinationsprinzip ‚Markt‘ nicht nur (pareto-)effizient, sondern zugleich (tausch-)gerecht und außerdem die Gewährsinstanz der individuellen Freiheit schlechthin zu sein. Wo genau steckt das Problem?

Die wirtschaftsethische Kurzantwort lautet: Das Problem besteht darin, dass die ökonomische Logik des Vorteilstausches nicht identisch mit der ethischen Logik der Zwischenmenschlichkeit ist. Anders gesagt: Das *Marktprinzip* kann nicht an die Stelle des vernunftethisch verstandenen *Moralprinzips* treten.¹⁹ Dieses humanistische Prinzip definiert in sehr formaler, kulturübergreifender Weise die ethische Grundidee, dass sich alle Menschen bedingungslos – oder mit Kants Imperativ formuliert: *kategorisch* – als Personen gleicher Würde und mit gleichen Grundrechten wechselseitig achten und anerkennen sollen. Dahinter kann eine *zivilisierte* Gesellschaft und Weltgemeinschaft nicht zurück, sonst droht sehr rasch die Barbarei der Unterscheidung von Menschen unterschiedlichen Werts nach irgendwelchen Kriterien wie ethnische Abstammung, Religion und Weltanschauung, sozialem Status usw. Dass sich alle Gesellschaftsmitglieder als gleichberechtigte Bürger anerkennen, ist gerade die Voraussetzung dafür, dass sie im Übrigen so unterschiedlich denken und leben können, wie sie mögen. Das erfordert eine unparteiliche, gegenüber den unterschiedlichen privaten Lebensentwürfen der Bürger *neutrale öffentliche Grundordnung*, die als Ermöglichungsbedingung eines bunten gesellschaftlichen Pluralismus selbstbestimmter Lebensformen und Weltanschauungen rechtsstaatlich durchzusetzen ist. Diese prinzipielle Zweistufigkeit ist das Schlüsselkriterium eines wohlverstandenen *politischen Liberalismus* im Sinne von Rawls.²⁰

Der nach dem Marktmodell gedachte *ökonomische Liberalismus* ist aus dieser politisch-philosophischen Sicht kein zureichendes Prinzip einer liberalen Gesellschaft, denn im „freien“ Markt lassen sich die Individuen stets nur *bedingt* – nämlich gemäß ihrem je privaten Vorteilskalkül – aufeinander ein. Das vernunftethische Grundprinzip der *unbedingten* wechselseitigen Anerkennung der Individuen in ihrer unantastbaren Würde als humane Subjekte und in ihrem Status als gleichberechtigte freie Bürger ist damit nicht erfüllt. Ist die gesellschaftliche oder internationale Ausgangslage unfair, so kann auch das Tausch- oder Handelsergebnis in einem noch so effizienten Markt niemals gerecht sein. Diese *strukturelle Parteilichkeit*

¹⁹ Vgl. dazu im Einzelnen *Peter Ulrich*, *Integrative Wirtschaftsethik*, 45–51, 196–215.

²⁰ Vgl. *John Rawls*, *Politischer Liberalismus*, Frankfurt a. M. 1998.

der marktwirtschaftlichen „Systemrationalität“ genügt dem politisch-liberalen Kriterium einer *unparteilichen*, neutralen Grundordnung nicht.

Das ist im Kern der Grund, weshalb sich der politische oder – wie ich präziser formulieren möchte – der *republikanische Liberalismus*²¹, dem es um eine wohlgeordnete Gesellschaft real freier Bürger geht, nicht auf das Konzept des „freien Marktes“ und den ihm entsprechenden *ökonomischen Liberalismus* reduzieren lässt. Mit andern Worten: Eine „zivilisierte“ Marktwirtschaft ist etwas prinzipiell anderes als eine entgrenzte *Marktgemeinschaft* – sie muss im Kern als rechtsstaatlicher Solidarzusammenhang freier Bürger begriffen werden. Nicht Wohlfahrtsziele, sondern gleiche konstitutive *Rechte und Pflichten* aller Bürger bilden den primären Orientierungsgesichtspunkt einer „zivilisierten“ Marktwirtschaft im Kontext einer wohlgeordneten Gesellschaft freier und gleichberechtigter Bürger.

6 FORTSCHRITTSORIZONT: „ZIVILISIERUNG“ DER MARKTWIRTSCHAFT

Aus diesen Überlegungen folgt, dass wir wieder lernen müssen, klarer zwischen *Wirtschaft und Gesellschaft* zu unterscheiden und – ganz im Sinn der alten aristotelischen Trias – die Vorordnung der Gesellschaft, in der wir leben wollen, vor die „Systemrationalität“ der Marktwirtschaft zu gewährleisten. Dafür tun Ansatzpunkte für die buchstäbliche „Zivilisierung“ der Marktwirtschaft Not, also für ihre Einbettung in die moderne *civil society*. Es geht um die zeitgemäße Klärung des Leitbilds einer voll entfalteten und wohlgeordneten Bürgergesellschaft und der legitimen und sinnvollen Rolle der Marktwirtschaft in ihr.

Zwei zivilisierende Ansatzpunkte bieten sich an: zum einen Bildung und Kultur – nämlich die Förderung des unverzichtbaren *Bürgersinns* als personaler Voraussetzung; zum andern die rechtsstaatliche Grundordnung – nämlich die Weiterentwicklung der *Bürgerrechte*, die den realen Status freier Bürger auch im „Wirtschaftsleben“ konstituieren. Wenden wir uns zuerst ihnen zu.

Um zu verhindern, dass die erwähnte strukturelle Parteilichkeit des Marktes in „tyrannischer“²² Weise auf die Lebenslage der Bürger im Ganzen durchschlägt und damit deren reale Freiheit und Gleichberechtigung

²¹ Vgl. *Peter Ulrich*, *Integrative Wirtschaftsethik*, 317–330.

²² Vgl. *Michael Walzer*, *Sphären der Gerechtigkeit*. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit, Frankfurt/New York 1992, 46–50.

tangiert, benötigen wir – so meine *dritte Kernthese* – in einer zivilisierten Marktwirtschaft eine neue Kategorie von Bürgerrechten, die sich auf die sozioökonomischen Voraussetzungen unseres Status als real freie Bürger beziehen. Und zwar liberal gedacht als emanzipatorische *Wirtschaftsbürgerrechte*.²³ Herkömmliche Sozialstaatskonzepte korrigieren dagegen die Marktergebnisse vorwiegend durch nachträgliche Umverteilung und lindern nur die Symptome der realen Unfreiheit der Wettbewerbsverlierer, sich selbst zu helfen. Wer den so agierenden Sozialstaat wirklich eindämmen will, der muss im Voraus, als Eingangsbedingung des Wettbewerbs, faire Chancen für alle auf eine selbstbestimmte Lebensführung und Existenzsicherung gewährleisten. Auf eine programmatische Kurzformel gebracht geht es um *mehr emanzipatorische Gesellschaftspolitik* als Voraussetzung für *weniger kompensatorische Sozialpolitik* – in Absicht auf die größtmögliche reale Freiheit aller Bürgerinnen und Bürger. Aus der alten Sozialstaatsdebatte wird so eine gesellschaftspolitische Debatte über die sozioökonomischen Voraussetzungen verallgemeinerungsfähiger bürgerlicher Freiheit.

So ansetzende bürgerliberale Gesellschaftspolitik ist zwar ein Gegenpol zum realpolitisch dominierenden Sozialetatismus, weicht aber gar nicht so radikal ab von unserer ordnungspolitischen Tradition, wie es auf den ersten Blick vielleicht scheint. Schon der Ordoliberalismus und die darauf aufbauende Soziale Marktwirtschaft haben sie intendiert. *Alfred Müller-Armack* dachte bekanntlich eine „zweite Phase“²⁴ der Sozialen Marktwirtschaft an, und zwar mit folgenden heute wieder höchst aktuellen Überlegungen:

„Es wird kaum bestritten, dass in der nächsten Phase der Sozialen Marktwirtschaft gesellschaftspolitische Probleme *vor* die ökonomischen treten werden. [...] Nach der Lösung des Produktionsproblems im Rahmen einer vollbeschäftigten Wirtschaft verschiebt sich der Aufgabenbereich der Sozialen Marktwirtschaft. Sie muss künftig als Politik einer freien Gesellschaft begriffen werden.“²⁵

²³ Näheres dazu schon in *Peter Ulrich*, Arbeitspolitik jenseits des neoliberalen Ökonomismus – das Kernstück einer lebensdienlichen Sozialpolitik, in: *Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften* 38 (1997), 136–152; 149–151. Eingehender: *Ders.*, *Integrative Wirtschaftsethik*, 279–308.

²⁴ Vgl. *Alfred Müller-Armack*, Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik, wiederabgedr. in: *Ders.*, *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration*, Freiburg i. B. 1966, 267–291.

²⁵ *Alfred Müller-Armack*, Die zweite Phase, 273, 289.

Übereinstimmend *Wilhelm Röpke*: „Bisher haben wir überwiegend Wirtschaftspolitik getrieben: nun aber heißt es für uns, Gesellschaftspolitik zu treiben.“²⁶

Wohl nicht zuletzt infolge der damals zu wenig fortgeschrittenen politisch-philosophischen und wirtschaftsethischen Grundlagenklärung verfehlten die Begründer ihre Intuitionen und Intentionen allerdings weitgehend. Statt eine *emanzipatorische* bürgerliberale Gesellschaftspolitik zu entfalten, reduzierte sich Müller-Armacks „irenische Formel“ der Sozialen Marktwirtschaft mehr oder weniger auf die Ergänzung des „freien Marktes“ um nachträgliche, *korrektive* Sozialpolitik (samt den symptomatischen Folgen explodierender Sozialstaatskosten). Es ist spannend und brandaktuell, dem konfusen Verhältnis von Marktwirtschaft und Bürgergesellschaft auch noch in der „Stilform“ der Sozialen Marktwirtschaft auf den Grund zu leuchten. Nur so lassen sich die entscheidenden Punkte erkennen, wo der von ihren Gründervätern eigentlich angestrebte „Dritte Weg“ zu einer voll entfalteten Bürgergesellschaft und einer durch sie zivilisierten Marktwirtschaft weiterzuführen ist.²⁷

7 ORDNUNGSPOLITISCHER BRENNPUNKT: EINE NEUE FINANZMARKTVERFASSUNG

Unter dem damit eröffneten Fortschrittshorizont einer *bürgerrechtlich* verfassten Marktwirtschaft schärft sich zugleich der Blick für die grundlegende Problematik der bisher primär *eigentumsrechtlichen* Verfassung der Marktwirtschaft, die durchaus zutreffend als Kapitalismus bezeichnet wird. Dieser ist eben – ganz im Sinne der Unterscheidung *Arthur Richs* zwischen Wirtschaftssystem und Wirtschaftsordnung²⁸ – nicht als „zwingende“ Ausgestaltung *der* Marktwirtschaft (als wirtschaftlichem Koordinationsprinzip oder Grundsystem), sondern als historischer Typus einer umfassenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verstehen.

²⁶ *Wilhelm Röpke*, *Civitas Humana*. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, Erlenbach-Zürich 1944, 82.

²⁷ Vgl. im Einzelnen *Peter Ulrich*, Marktwirtschaft in der Bürgergesellschaft. Die Soziale Marktwirtschaft vor der nachholenden gesellschaftspolitischen Modernisierung, in: *Michael S. Aßländer/Peter Ulrich* (Hgg.), *60 Jahre Soziale Marktwirtschaft*. Illusionen und Reinterpretationen einer ordnungspolitischen Integrationsformel. St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik Bd. 44, Bern u. a. 2009, 349–380.

²⁸ Vgl. *Arthur Rich*, *Wirtschaftsethik*, Bd. II: Marktwirtschaft, Planwirtschaft, Weltwirtschaft aus sozialemethischer Sicht, Gütersloh 1990, 176–180.

Zentraler Brennpunkt auf dem Weg zu einer primär bürgerrechtlich statt eigentumsrechtlich geordneten (und insofern im Ansatz postkapitalistischen) Marktwirtschaft ist eine dementsprechende Neuordnung der Finanzmärkte, denen in kapitalistischen Marktwirtschaften nicht zufällig ein immer dominanterer Einfluss auf die Einkommens- und Vermögensverteilung (in Form der sich öffnenden sozialen Schere) und auf die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (die sich auf kapitalverwertungsorientierte „Standortpolitik“ im globalen Wettbewerb verengt) zukommt. In der Finanzkrise kulminierte die schleichende bis galoppierende Verkehrung des Verhältnisses von wirtschaftlichen Mitteln und gesellschaftlichen Zwecken.

Soll die derzeit vielbeschworene neue Finanzmarktordnung mehr als eine technokratische Symptombehandlung sein, so gilt es, die mächtigen privatwirtschaftlichen Akteure der Finanzmärkte, an deren „privatem“ Tun ja nichts wirklich privat ist außer der Gewinnzurechnung, in eine eigentliche *Finanzmarktverfassung* auf nationaler und supranationaler Ebene einzubinden. Der Finanzsektor kann nicht mehr als eine privatwirtschaftliche Branche wie jede andere aufgefasst werden, deren Auswüchse der Rechtsstaat (mit geringem Erfolg) bloß korrektiv zu limitieren versucht. Vielmehr ist der Finanzsektor im Kern als eine öffentliche Infrastruktur oder als *Service public* zur Versorgung der Realwirtschaft und der Gesellschaft mit Geld, Kredit und elementaren Finanzdienstleistungen zu begreifen. Ähnlich wie etwa die Energieversorgungs-, Kommunikations- oder Verkehrsinfrastruktur eines Landes hat die Finanzwirtschaft in erster Linie die grundlegende Geld- und Kreditversorgung der Volks- bzw. Weltwirtschaft zu erfüllen (Zahlungsverkehr, Kreditzugang, Liquidität, usw.). Diese Funktionsvoraussetzungen sind im öffentlichen Interesse so bedeutsam, dass dem Staat (für die Volkswirtschaft) bzw. einer noch zu etablierenden supranationalen Finanzbehörde (für die Weltwirtschaft) die übergeordnete *Gewährleistungsverantwortung* für das Funktionieren der finanziellen Infrastruktur zu übertragen ist.²⁹

Eine so ansetzende Finanzmarktverfassung läuft nicht etwa auf eine Verstaatlichung der „systemrelevanten“ Banken hinaus, sondern bietet gerade umgekehrt einen differenzierten dritten Weg jenseits der platten Alternative zwischen privatem und staatlichem Finanzsektor. Im Rahmen der verfassungsrechtlich festzulegenden Gewährleistungsverantwortung des Staats kann nämlich durchaus die Erfüllung bestimmter Versorgungsauf-

²⁹ Vgl. im Einzelnen *Philippe Mastronardi/Mario von Cranach*, Ein neuer Finanzmarkt nach der Krise: Auf dem Weg zu einer Verfassung des Kapitalismus, in: *Dies.* (Hgg.), *Lernen aus der Krise. Ein Dossier von kontrapunkt*, Bern u. a. 2010, 136–162.

gaben an privatwirtschaftliche Akteure delegiert werden – in Form von demokratisch legitimierten und durch die Aufsichtsbehörden straff kontrollierten Leistungsaufträgen. Verhindert wird so jedoch die Verselbständigung finanzwirtschaftlicher Interessen, also ihre Ablösung von allen Kriterien der Gemeinwohldienlichkeit und ihre Dominanz über das Gemeinwohl. An einem Brennpunkt der aktuellen ordnungspolitischen Herausforderungen könnte so vielleicht die überfällige nächste Etappe der „Großen Transformation“ (Polanyi) eingeleitet werden.

8 BÜRGERSINN: DER KULTURELLE KITT EINER ZIVILISIERTEN MARKTWIRTSCHAFT

Wo jedoch kein politischer Wille zu nötigen Veränderungen erwächst, bleiben noch so vernünftige Orientierungsideen nutzlos. Den unverzichtbaren zweiten Ansatzpunkt für die „Zivilisierung“ der Marktwirtschaft bildet daher der bereits erwähnte *Bürgersinn*. Schon *Wilhelm Röpke* forderte einen „echten Bürgersinn“, verstanden als „*esprit civique*, der ihn [den einzelnen Bürger] an das Ganze bindet und seinem Appetit [d.h. Egoismus] Grenzen setzt“³⁰. Ganz im Sinne eines republikanischen Liberalismus schreibt er:

„Nun liegt aber zweifellos in dieser Ideenwelt eine Kraft, die den Liberalismus in einem *dialektischen Prozess* immer wieder über sich selbst hinauszutreiben strebt. Diese Kraft ist der dem Liberalismus wesentliche *Gedanke der Selbstbefreiung des Menschen durch Appell an die Ratio*: die Abwerfung von Bindungen, die Emanzipation des Menschen und die Herstellung seiner Autonomie.“³¹

„Wer jetzt auch noch den Liberalismus als eine primär wirtschaftliche Anschauung begreifen will, ist selbst in einer ‚ökonomistischen‘ Einengung befangen, die heute vollkommen überholt erscheint. [...] Der *politisch-kulturelle* Liberalismus [...] ist das Primäre und der wirtschaftliche Liberalismus [...] etwas Sekundäres.“³²

Röpke kommt zu einem gesellschaftskritischen Urteil, das wie eine Vorahnung der jüngsten Finanzexzesse erscheint:

„Dabei werden wir bemerken, nicht ohne Erschrecken, wie weit wir alle bereits in die Denkgewohnheiten einer wesentlich *unbürgerlichen* Welt hinabgezogen sind. Dass das vor allem für die Nationalökonomten selber gilt, haben wir bereits bemerkt, als wir von ihrer Neigung sprachen, sich arglos einem *Denken in Geld- und Einkommensströmen* hinzugeben [...].“³³

³⁰ *Wilhelm Röpke*, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, 19 bzw. 170.

³¹ *Wilhelm Röpke*, *Das Kulturideal des Liberalismus*, Frankfurt a. M. 1947, 13.

³² *Wilhelm Röpke*, *Civitas Humana*, 51 (Hvh. i. Orig.).

³³ *Wilhelm Röpke*, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, 140.

Was fortschreitend verloren gegangen zu sein scheint, ist ein republikanisch-liberales Wirtschaftsbürgerethos. Der Kern dieses bürgerliberalen Wirtschaftsethos ist die *Integrität* im Wirtschaftsleben und analog auch die *Geschäftsintegrität* von Unternehmen.³⁴ Das meint ganz wörtlich und im direkten Gegensatz zum marktliberalen Nutzen- bzw. Gewinnmaximierungsprinzip, das eigene Vorteils-, Nutzen- oder Gewinnstreben vom bürgerlichen Selbstverständnis als guter oder anständiger Bürger *nicht abzuspalten*, sondern private Interessen nur so weit zu verfolgen, wie sie den Legitimitätsbedingungen der Bürgergesellschaft entsprechen. Hier, wenn überhaupt, motiviert sich auch der Abschied von der *Gier* in einer wahrhaftig bürgerlichen Gesellschaft.

Die Pointe daran ist, dass Bürger mit einem solchen integrativen Wirtschaftsethos darin gar keine Einschränkung und keinen Verzicht sehen, denn es geht ja um die Gesellschaft, mit der sie sich identifizieren und für deren *res publica* (öffentliche Ordnung) sie sich deshalb mitverantwortlich fühlen. Der republikanische Bürgersinn bildet den tragenden Boden ethischer Selbstbindung ebenso wie der ordnungspolitischen Mitverantwortung für eine gemeinwohldienliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Zwar ist er kein hinreichender, wohl aber ein notwendiger Faktor, ohne den es letztlich keine wirklich zivilisierte Marktwirtschaft geben kann.

LITERATURVERZEICHNIS

- Horst Afheldt*, Wohlstand für niemand? Die Marktwirtschaft entlässt ihre Kinder, München: Kunstmann 1994.
- Frédéric Bastiat*, Harmonies économiques. Œuvres complètes, tome VI, 3^{ième} ed., Paris: Guillaumin 1855.
- Hans Christoph Binswanger*, Die Glaubensgemeinschaft der Ökonomen, München: Gerling Akademie 1998.
- Ralf Dahrendorf*, Die neue Freiheit, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1980.
- Ralf Dahrendorf*, Nach der Krise: Zurück zur protestantischen Ethik?, in: Merkur 720 (2009), 373–381.
- Christian Geyer*, Rot stellt sich tot, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. April 2009.
- Thomas S. Kuhn*, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1973 (engl. 1962).

³⁴ Vgl. dazu *Peter Ulrich*, Integrative Wirtschaftsethik, 462–473.

- Philippe Mastronardi/Mario von Cranach*, Ein neuer Finanzmarkt nach der Krise: Auf dem Weg zu einer Verfassung des Kapitalismus, in: *dies.* (Hgg.), Lernen aus der Krise. Ein Dossier von kontrapunkt, Bern u. a.: Haupt 2010, 136–162.
- Alfred Müller-Armack*, Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik, wiederabgedr. in: *Ders.*, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Freiburg i. Br.: Rombach 1966, 267–291.
- Karl Polanyi*, The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1978 (engl. 1944).
- John Rawls*, Politischer Liberalismus, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1998.
- Arthur Rich*, Wirtschaftsethik, Bd. II: Marktwirtschaft, Planwirtschaft, Weltwirtschaft aus sozialemethischer Sicht, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 1990.
- Wilhelm Röpke*, Civitas Humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, Erlenbach-Zürich: Rentsch 1944.
- Wilhelm Röpke*, Das Kulturideal des Liberalismus, Frankfurt a. M.: Klostermann 1947.
- Wilhelm Röpke*, Jenseits von Angebot und Nachfrage, Erlenbach-Zürich/Stuttgart: Rentsch 1958.
- Wilhelm Rüstow*, Paläoliberalismus, Kommunismus und Neoliberalismus, in: *Franz Greiß/Fritz Walter Meyer* (Hg.), Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Festschrift für Alfred Müller-Armack, Berlin: Duncker & Humblot 1961, 61–70.
- Joseph Schumpeter*, Geschichte der ökonomischen Analyse, 2 Bde., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1965.
- Adam Smith*, Der Wohlstand der Nationen, hg. v. *H. C. Recktenwald*, München: DTV 1978 (engl. Orig. 1776).
- Ulrich Thielemann/Peter Ulrich*, Standards guter Unternehmensführung. Zwölf internationale Initiativen und ihr normativer Orientierungsgehalt. St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik Bd. 43, Bern u. a.: Haupt 2009.
- Peter Ulrich*, Transformation der ökonomischen Vernunft. Fortschrittsperspektiven der modernen Industriegesellschaft, 3. Aufl., Bern u. a.: Haupt 1993.
- Peter Ulrich*, Arbeitspolitik jenseits des neoliberalen Ökonomismus – das Kernstück einer lebensdienlichen Sozialpolitik, in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften 38 (1997), 136–152.

- Peter Ulrich*, John Stuart Mills emanzipatorischer Liberalismus. Die allgemeine Bürgerfreiheit und ihre sozialökonomischen Implikationen, in: *Ders./Michael S. Aßländer* (Hg.), John Stuart Mill – Der vergessene politische Ökonom und Philosoph. St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik Bd. 37, Bern u. a.: Haupt 2006, 253–282.
- Peter Ulrich*, Politische Ökonomie, wirtschaftsethisch rekonfiguriert, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik* 7 (2006), 164–182.
- Peter Ulrich*, Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, 4. vollst. neu bearb. Aufl., Bern u. a.: Haupt 2008.
- Peter Ulrich*, Marktwirtschaft in der Bürgergesellschaft. Die Soziale Marktwirtschaft vor der nachholenden gesellschaftspolitischen Modernisierung, in: *Michael S. Aßländer/Peter Ulrich* (Hg.), 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft. Illusionen und Reinterpretationen einer ordnungspolitischen Integrationsformel. St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik Bd. 44, Bern u. a.: Haupt 2009, 349–380.
- Michael Walzer*, Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit, Frankfurt a. M./New York: Campus 1992.
- Max Weber*, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: *Ders.*, Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, 9. Aufl., Tübingen 1988, 17–206.